



Eingangstor zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald

SPIEGEL / ULLSTEIN BILD

Der Augenzeuge

## „Schlag ins Gesicht“



JACOB SCHROETER / IMAGO

**Volkhard Knigge**, 61, ist seit über 20 Jahren Direktor der Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar. Er stößt auch auf Besucher, die den Massenmord der Nazis verherrlichen.

„Einen derartigen Brief hatte ich noch nicht bekommen. Im Juni richtete mir eine Gruppe unter dem Namen ‚Der Nationale

Widerstand‘, wie es hieß, ‚Dank und Anerkennung für die jahrelange umsichtige Führung des KZ‘ aus. ‚Dank Ihrer Weitsicht ist alles erhalten geblieben und in einem guten Zustand.‘ Man brauche die Lager bald wieder, so der Absender, um ‚Islamisten, Salafisten, IS-Heimkehrer, Gewohnheitsverbrecher, ausländische Diebesbanden, Mörder, Dealer, Zuhälter, Vergewaltiger, Kinderschänder u. a.‘ neutralisieren zu können. Ich solle die Kollegen in Auschwitz kontaktieren, auch dieses Lager biete sich an.

In Buchenwald starben zwischen 1937 und 1945 rund 56 000 Menschen, Hunderttausende besuchen jedes Jahr die Gedenkstätte. Immer wieder waren Holocaustleugner darunter. Doch jetzt haben wir eine neue Qualität. Heute kommen bekennende Anhänger des nationalsozialistischen Völkermords. Im August schrieb ein Besucher ins Gästebuch: ‚Neueröffnung 2016 Buchenwald. Hoffen auf viel Besuch der Ausländer (zum Vergasen).‘ Es werden inzwischen gesellschaftspolitische Ziele verfolgt. Das Konzentrationslager gilt als positives Denkmal für das nationalsozialistische System im Ganzen, es gilt als praktisches Werkzeug.

Ich glaube, diese neue Qualität hängt auch damit zusammen, dass Pegida und AfD das Land verändern. Die rechte Gesinnung wird nicht mehr versteckt. Das fing in Weimar schon zur Kommunalwahl 2014 an. Die AfD arbeitet sich in besonderer Weise an Buchenwald ab. Zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar, dem Tag der Auschwitz-Befreiung, wollte die Partei einen eigenen Kranz niederlegen: ‚Den Opfern des Konzentration- und Speziallagers Buchenwald‘. Nach 1945 waren im stalinistisch-sowjetischen Speziallager Buchenwald ebenfalls 7000 Menschen ums Leben gekommen, darunter mehrheitlich NS-Belastete. Die Verknüpfung beider Lager zum Holocaustgedenken ist ein Schlag ins Gesicht für KZ-Überlebende. In seinem Blog schreibt der Thüringer AfD-Sprecher Björn Höcke von ‚der Pflege und dem rituellen Vollzug des deutschen Schuldkults‘ und findet: ‚Diejenigen, die die Zukunft unseres Landes der Vergangenheit opfern wollen, sollten selbiges verlassen!‘ So etwas ist der ideale Nährboden für jene Übergriffe, die wir wöchentlich erleben. Es werden Ressentiments bedient und Ängste geschürt. Dagegen müssen wir uns wehren.“

Aufgezeichnet von Steffen Winter

## Verfassungsschutz Journalisten als Agenten?

Der designierte Verfassungsschutzchef in Thüringen, Stephan Kramer, will seinen Geheimdienst für neue Mitarbeiter öffnen: „Der Verfassungsschutz braucht Juristen, aber eben nicht nur.“ Neben Sozialforschern, Politologen und Religionswissenschaftlern könne er sich auch vorstellen, Journalisten einzustellen. „Wir brauchen keine James Bonds, sondern Männer und Frauen, die Informationen beschaffen und zu einem größeren Lagebild zu-

sammenfügen können“, so Kramer. Auch mit wissenschaftlichen Instituten wie dem Kompetenzzentrum Rechtsextremismus in Jena und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen wie der Amadeu-Antonio-Stiftung will Kramer eng zusammenarbeiten: „Ich möchte die geballte Kompetenz haben.“ Nach dem Aufliegen der Terrorgruppe NSU war der Posten des Landes-Verfassungsschutzchefs drei Jahre lang vakant. Für viele überraschend soll nun Kramer, ehemals Generalsekretär des Zentralrats der Juden, die Aufgabe übernehmen. wow

## FDP

### Bürokratische Entbürokratisierung

In der rot-grünen Landesregierung Nordrhein-Westfalens sorgt eine Anfrage der FDP-Fraktion für erheblichen Ärger. Insgesamt 287 Fragen zum Thema Entbürokratisierung hatten die Liberalen gestellt. Unter anderem wollten sie wissen, wie sich die Geschlechterverteilung in den Besoldungsgruppen aller Landesministerien in den vergangenen 45 Jahren entwickelt hat. Weiter interessierten sich die Abgeordneten für die „Anzahl von übermittelten Unfallanzeigen seit dem Jahr 2000, jeweils monatlich differenziert nach Art des

Unfalls“ sowie für die Formulare „im Rahmen der statistischen Berichtspflicht an landwirtschaftliche Betriebe“. Nach monatelanger Bearbeitungszeit liegt die 629 Seiten umfassende Antwort nun vor. Vielfach mussten die Ministerialen indes angeben, trotz umfangreicher Recherche „keine Erkenntnisse“ zu haben. Verärgert über den Aufwand hat die Landesregierung nun geschätzt, was die Anfrage die Steuerzahler gekostet hat. Demnach wurde in den Ministerien 5871 Stunden daran gearbeitet. Nach einer internen Berechnung hat damit die Anfrage zur Entbürokratisierung rund 350 000 Euro Bürokratiekosten verursacht. fis

## Umwelt

### Merkels dreckige Milliarden

Die Umweltbilanz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fällt nach zehn Amtsjahren negativ aus. Berechnungen des Umweltbundesamts zufolge stiegen die sogenannten umweltschädlichen Subventionen in diesem Zeitraum um zehn Milliarden Euro, und zwar von rund 42 Milliarden auf 52 Milliarden Euro jährlich. Darunter fallen unter anderem die reduzierte Steuer auf Flugbenzin oder Diesel,

die Dienstwagensubventionierung, aber auch die kostenlose Abgabe von Emissionszertifikaten und die Befreiung von Industrieunternehmen von der Ökostromumlage. Die Bundesregierung gelobt Besserung: Man werde „in den kommenden Jahren die Nachhaltigkeitsprüfung von Subventionen vertieft beachten“, heißt es in einer Antwort an die Grünen-Fraktion auf eine parlamentarische Frage der Abgeordneten Bärbel Höhn. Die Grünen-Politikerin fordert die Regierung auf, viele Zuschüsse ganz zu streichen. gt